Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 177. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Montag, den 1. August 1927

Mehr Uniformschmuck.

Unsere Reichswehr hat die Vorzüge einer Frau, von der „man nicht spricht". Eingeengt durch die Bestimmungen von Versailles, argwöhnisch beäugt von fremden Augen tut sie unbeirrt ihre Arbeit. Nicht mehr hebt „der Glanz der Uniform" sie heraus aus dem Gewimmel des Alltags, denn allzu laut predigen die mehr als vier Jahre, in denen das Feldgrau eine fast selbstverständliche Tracht jedes kampffähigen Mannes geworden war. Als zu Manöverzwecken 1913 das Feldgrau angelegt wurde, da ahnten nur wenige, daß aus den paar Wochen des Tragens der neuen Uniform sobald bitterer vierjähriger Ernst werden würde.

Ernsthaft ist dieses Feldgrau unserer Reichswehr; schon diese Farbe selbst bedeutet ja die Ehrung und Wahrung einer Tradition. Man will diese Uniform jetzt etwas farbenfroher gestalten, ohne aber den Ernst des Feldgraus dadurch zu beseitigen. Ist sie doch auch beim einfachen Angehörigen der Reichswehr ein Kleid, das er zwölf Jahre hindurch trägt, und daher ist es nicht ohne Bedeutung, daß der Ernst dieser Farbe gemildert wird.

Auch dabei wird an die Wahrung der Tradition gedacht. Wie früher sollen die Waffenröcke Paspeln erhalten; aber für die Infanterie ist nicht mehr wie früher das Rot bestimmt, sondern — passender zum grauen Rock — das Weiß; die Kavallerie wird gelbe, die Artillerie rote, die Kraftfahrer werden rosa, die Fahrtruppen hellblaue, die Pioniere schwarze und die Nachrichtentruppen hellbraune Paspeln erhalten. Denn sie tragen ja alle denselben, den feldgrauen Rock. Dieselben Farben kehren auch als „Unterlage" für die Litzen auf dem Kragen wieder und an den Biesen, die jetzt das Grau der langen Hosen unterbrechen sollen.

Die Offiziere erhalten jetzt wieder die silbernen, bei den Generalen golddurchwirkten Achselstücke und dann die „Fangschnüre", wie einst die Flügeladjutanten und die Schutztruppe sie getragen haben, und die zum eGesellschaftsanzug gehören sollen. In zahlreichen Armeen des Auslandes kennt man diesen Uniformschmuck — denn ein Schmuck nur soll es sein, nicht unwürdig der Erinnerung an die Männer, die im Frieden und im Krieg ihn getragen haben. Beabsichtigt ist auch, den jetzigen einfachen Stehkragen durch den Klappkragen zu ersetzen, wie er gleichfalls im Kriege schon vielfach bei der Offiziersuniform Verwendung fand, übrigens auch durchgehend bei der Kakhiuniform aller Truppen, die im Orient gefochten haben. Er ist viel bequemer, gesundheitlich auch viel empfehlenswerter als der einfache Stehkragen. Nicht aber ist beabsichtigt, einen Schlips einzuführen, wie mancherorts behauptet wird. An und für sich liegt übrigens nichts Unmilitärisches gegen den Begriff der Uniform darin; im Auslande ist er verbreitet und die deutsche Marine hat ja auch immer weißen „Zivilkragen" nebst Schlips getragen. Übrigens auch Landtruppen. Gerade unsere schneidigste und todesfreudigste Truppe, die Flieger nämlich, haben während des Krieges — zum Entsetzen manches altpreußischen Generals — sogar das Recht erhalten, Kragen und Schlips bei geöffneter Uniform zu tragen. Man denkt übrigens daran, ebenso wie im Anfang des Krieges, die alte preußische Halsbinde — „eine Streichholzbreite über dem Kragenrand sichtbar" — wieder durch den feldgrauen Schal zu ersetzen, der allerdings ja sehr bald als — Taschentuch diente, beim Klappkragen aber zweifellos vorteilhafter aussieht als die Halsbinde.

Natürlich wird es manche Kreise in Deutschland geben, die sofort von „Kinkerlitzchen" reden werden. Sie empfinden dabei zu wenig, daß eine derartige Konzession an die Angehörigen der Reichswehr etwas sehr Menschliches, nur zu Verständliches enthält. In England z. B. sind vielfach sogar die alten Uniformen beibehalten worden und sie werden mit besonderem Stolz getragen. An dem Ernst des Ganzen wird ja durch die Verschönerung der Uniform nichts geändert. Gerade weil unsere Reichswehr in ihrer Arbeit so eingeengt, jeder Entwicklung beraubt ist, sollen Mann wie Offizier außerhalb des Dienstes die Uniform gern und freudig tragen.

Die Notlage in Ostoberschlesien.

Neue Arbeiterentlassungen.

Die Verwaltung der Gräfin-Laura-Grube in Chorzow hat zum 15. August erneut Kündigungen ausgesprochen, von denen 408 Arbeiter, darunter 24 Schwerkriegsbeschädigte und ein großer Teil der noch in den deutschen Gewerkschaften Organisierten, betroffen werden. Die deutschen freien Gewerkschaften haben sich gegen die Maßnahme beschwerdeführend an den Demobilmachungskommissar und an den Warschauer Arbeitsminister gewandt. Nach einer Zusage des Demobilmachungskommissars dürften schon im Laufe der nächsten Woche Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Regierungsstellen stattfinden. Zurzeit finden in Oberschlesien schon Wahlkämpfe zu den kommenden Sejmwahlen statt. Die radikalen Elemente entfalten eine rege Werbetätigkeit. Mehrere Volksversammlungen mußten wegen kommunistischer Zwischenfälle in Königshütte gesprengt werden.

Die Genfer Konferenz im Todeskampf.

Coolidge lehnt ab.

Im Namen des Präsidenten Coolidge, der auf seinem Sommersitz in Süd-Dakota weilt, wurde in Washington bekanntgegeben, daß die Vereinigten Staaten Englands Genfer Vorschläge nicht annehmen könnten, da ihre Folge wäre, daß die Völker sich noch größere Kriegsflotten zulegen würden, als sie jetzt schon besitzen. Es sei besser, die Konferenz abzubrechen, als daß die Vereinigten Staaten Verträge eingehen, die sie zwängen, ihre Rüstungen zu erhöhen.

Ist diese Nachricht richtig, dann dürfte es in Genf keine Verhandlungsmöglichkeiten mehr geben. Trotzdem soll man in London noch die Hoffnung hegen, daß Englands Vorschläge wenigstens die Grundlage eines Abkommens bilden könnten. Auch in Tokio hofft man, daß doch noch ein Kompromiß möglich sein werde. Der Fehlschlag der Konferenz würde für Japan, das einem kostspieligen Wettrüsten entgehen möchte, eine bittere Enttäuschung bedeuten.

•

Keine Einmischung der Japaner in den englisch-amerikanischen Abrüstungsstreit.

Wie der Daily-Mail aus Kobe berichtet wird, beschloß die japanische Marineleitung auf einer gestern abgehaltenen Konferenz sich in die englisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten nicht einzumischen.

Eine „Richtigstellung" Mussolinis.

Bozen war immer eine deutsche Stadt.

Die beiden deutschen Abgeordneten für Südtirol, Baron Sternbach und Dr. Tinzl, haben dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini eine Denkschrift überreicht, die die von Mussolini in einer Kammerrede gewähnte angebliche Entdeckung des Abg. Barduzzi im Archiv der Bozener Handelskammer richtigstellt. Diese angeblichen Entdeckungen waren bekanntlich der Ausgangspunkt zu der Behauptung, daß Bozen ursprünglich eine italienische Stadt gewesen sei. In der Denkschrift wird nun auf Grund wissenschaftlichen Materials nachgewiesen, daß

Bozen niemals eine italienische, sondern immer eine deutsche Stadt

gewesen ist, und daß auf keinen Fall von einer Wiederitalienisierung Bozens gesprochen werden kann. In dem Begleitschreiben zu der Denkschrift betonen die Abgeordneten, daß entgegen der Behauptung Barduzzis das Archiv des Marcantilio dem Magistrat von Bozen niemals geheim gehalten sei, vielmehr seien die erwiesenen deutschen wissenschaftlichen Veröffentlichungen dieser Akten schon vor dem Kriege erfolgt, ohne daß irgend jemand aus diesen in italienischer Sprache abgefaßten Dokumenten Rückschlüsse auf die sprachliche Zusammensetzung der Bevölkerung oder den angeblich italienischen Charakter der Stadt Bozen gesucht hätte.

Gebührenänderung im Auslandsverkehr.

Das Porto nach dem 1. August.

Es wird von postalischer Seite darauf aufmerksam gemacht, daß die Erhöhung der Postgebühren vom 1. August ab eintritt mit Ausnahme der neuen Paket- und Zeitungsgebühren, die erst vom 1. Oktober ab gelten. In der Zeit vom 1. bis einschließlich 15. August wird für Postsendungen, die noch nach den alten Gebührensätzen freigemacht sind, nur der Unterschied zwischen den alten und den neuen Gebühren als Nachgebühr erhoben. Nach dem 15. August wird für unzureichend freigemachte Briefsendungen (Briefe, Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapiere, Warenproben, Mischsendungen) das Eineinhalbfache des Fehlbetrags unter Aufrundung auf volle 5 Pf., mindestens aber ein Betrag von 10 Pf. nacherhoben.

Aus Anlaß der am 1. August in Kraft tretenden Gebührenerhöhung für den innendeutschen Verkehr treten im Verkehr mit dem Ausland folgende Änderungen ein:

Für Sendungen nach der Freien Stadt Danzig, Litauen und dem Memelgebiet, Luxemburg und Österreich gelten gleichfalls die künftigen innendeutschen Gebühren.

Im Verkehr mit Ungarn bleiben die Gebühren für Briefe, Postkarten und Blindenschriftsendungen unverändert, dagegen unterliegen fortan Drucksachen, Geschäftspapiere, Warenproben und Mischsendungen den innendeutschen Gebühren mit der Maßgabe, daß für Geschäftspapiere und für Mischsendungen, die Geschäftspapiere enthalten, stets ein Mindestsatz von 20 Pf. erhoben wird. Drucksachen, Geschäftspapiere und Mischsendungen im Gewicht von mehr als einem Kilogramm nach den vorgenannten Ländern unterliegen den Gebührensätzen des Weltpostverkehrs. Ferner kommt im Verkehr mit dem Saargebiet, mit der Freien Stadt Danzig, mit Litauen und dem Memelgebiet, Luxemburg, Österreich und Ungarn für Zeitungen und Zeitschriften, die unmittelbar vom Verleger versandt werden, für geheftete und gebundene Bücher, die nicht zu Ankündigungen oder Anpreisungen dienen sollen, und für literarische und wissenschaftliche Werke, die zwischen gelehrten Anstalten ausgewechselt werden, eine Gebühr von 5 Pf. für je 100 Gramm zur Erhebung. Dieser Satz gilt auch im Verkehr mit den übrigen Ländern, nach denen die vorgenannten Arten von Drucksachen zugelassen sind; die ermäßigte Gebühr von 3 Pf. bis 50 Gramm fällt künftig weg. Im Grenzverkehr (30 Kilometer beiderseits der Grenze) mit Belgien, Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz beträgt die Gebühr für Briefe für je 20 Gramm 15 Pf., für Postkarten, einfache 8 Pf., mit Antwortkarte 16 Pf., ferner, jedoch nur im Verkehr mit Dänemark, für Geschäftspapiere für je 50 Gramm 5 Pf., mindestens 15 Pf.

Die übrigen Auslandsgebühren bleiben für den Briefverkehr unverändert.

Lärm im Wiener Gemeinderat.

Russischer Protest in Wien.

Im Wiener Gemeinderat kam die Vorlage über die während der Wiener Schreckenstage gegründete Gemeindeschutzwache zur Erörterung. Während der Begründung der Vorlage setzte bei den Christlichsozialen und bei den Großdeutschen heftiger Lärm ein, wobei einzelne Gemeinderäte mit Aktentaschen auf die Pulte schlugen. Man hörte auch Glocken und Pfeifen. Gegen den Bürgermeister Seitz wurde der Vorwurf erhoben, daß er die nur für die Tage der Gefahr errichtete Gemeindewache weiterbehalten wolle. Der Bürgermeister verteidigte die Verfassungsmäßigkeit seiner Verfügung. Schließlich wurde die Vorlage über die Aufstellung einer Gemeindeschutzwache unter dem Protest der Minderheit angenommen.

Die Wiener Sowjetgesandtschaft hat gegen eine Erklärung des Vizekanzlers Hartleb bei der österreichischen Regierung Einspruch erhoben. Der Vizekanzler hatte behauptet, daß mehrere Funktionäre der Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion während der Aufruhrtage in Wien geweilt hätten, um bolschewistische Aktionen vorzubereiten.

Die ersten Zeichnungen für die Hindenburg-Spende.

Deutschamerikaner beteiligen sich.

Dankenswerterweise haben sich schon jetzt die preußischen Provinzialverwaltungen entschlossen, sich mit einem Gesamtbetrag von 200 000 Mark an der Hindenburg-Spende zu beteiligen. Innerhalb der großen Wirtschaftsverbände setzt, nachdem nunmehr auch die Industrie und die Landwirtschaft besonders aufgerufen haben, gegenwärtig eine starke Werbetätigkeit unter den Mitgliedern ein. In ganz besonders mustergültiger Weise ist die Werbung bereits von einzelnen Handelskammern, darunter vor allem auch von der Berliner, geregelt worden. Allmählich gehen der Geschäftsstelle der Hindenburg-Spende, Berlin NW. 40, Scharnhorststraße 35, auch die Meldungen der Postämter über die bei ihnen bisher eingezahlten Beträge zu. Ganz besonders erfreulich und kennzeichnend für die Verehrung, die der Reichspräsident in den breiten Schichten genießt, ist, daß die Beiträge, soweit sie bei den Postämtern eingezahlt werden, sich zum großen Teil aus Beträgen von 20, 30 und 50 Pf. zusammensetzen.

Interessant ist auch, daß aus den Kreisen der deutschen Presse in Nordamerika, vor allem in Milwaukee und Wisconsin, schon jetzt Stimmen vorliegen, die erkennen lassen, wie der Gedanke der Hindenburg-Spende bei den Deutschen und ehemaligen Deutschen Nordamerikas gezündet hat. Diese Tatsache verdient um so mehr Anerkennung, als gerade die Deutschen sich finanziell sehr stark an der Behebung der Flutschäden des Mississippiunglücks beteiligt haben.

Stahlhelmtag und Amtsvorsteher.

Eine Richtigstellung des Ministers Grzesinski.

Die deutschnationale Landtagsfraktion ersuchte das Staatsministerium in einer Kleinen Anfrage um Auskunft, ob es zutreffe, daß die Amtsvorsteher, Landjäger usw. geheim angewiesen worden seien, Feststellungen über die Finanzierung des Stahlhelmtages zu machen und insbesondere festzustellen, ob irgendwelchen Stahlhelmmitgliedern Vorteile geboten oder versprochen seien, wenn sie zum achten Reichsfrontsoldatentag nach Berlin kämen. Der preußische Minister des Innern hat diese Anfrage in folgender Weise richtiggestellt:

Der Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung beim Reichsministerium des Innern hatte

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF